

ERMMU TIGEN

№ 6



THEMA MUTIG GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

AMADEU ANTONIO STIFTUNG
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

WIR SIND DER SOUVERÄN



In einer Demokratie ist die Bevölkerung der Souverän. Sie wählt diejenigen Vertreter aus den eigenen Reihen in ein Parlament, die ihre Interessen mit denen Anderer aushandeln sollen. Um die Aufgaben und Aufträge des Souveräns umzusetzen, gibt es die Verwaltung. Beide, Parlament wie Verwaltung, sollen dem Souverän dienen – nicht umgekehrt.

Die Gesellschaft engagierter Bürger, denen die Belange im Staat wichtig sind, sind keine Dienstleister für die Verwaltung, sondern Partner, die lokal Probleme lösen können. Der Staat soll dies lediglich ermöglichen und dazu ermutigen. Subsidiaritätsprinzip heißt das.

Zivilgesellschaft ist kein Subunternehmen

Genau so sollte es auch mit den Programmen gegen Rechtsextremismus sein. Wir, die zivile Gesellschaft vor Ort, wissen, was zu tun ist. Wir sind kein Subunternehmen, das einen Auftrag so auszuführen hat, wie der Auftraggeber es sich vorstellt. So ist Subsidiarität nicht gemeint. Sondern wir sind die Auftraggeber. Wir beauftragen Politik und Verwaltung für und mit dem Souverän das Leben zu organisieren. Deshalb ist es wichtig, dass wir klar sagen, wann und wie der Staat zu weit geht, wenn er unsere Arbeit mit immer mehr Auflagen versieht, in denen Misstrauen zum Ausdruck kommt. Die Extremismusklausel ist dafür ein Symbol. Sie macht uns zu Bittstellern, die willkürlich geprüft werden müssen, bevor sie handeln dürfen.

»Vertrauen ist gut – Kontrolle ist besser« ist ein Spruch aus der Sowjetunion, aus einer Zeit ohne Demokratie. Heute sollte es anders funktionieren. Kontrolle ist gut, ohne Zweifel, aber Vertrauen ist besser. Darauf beruht Demokratie. Deshalb brauchen die Projekte für Demokratie und gegen Rechtsextremismus jetzt die Unterstützung der zivilen Gesellschaft für ihr schwieriges Arbeitsfeld. Wir brauchen Vertrauen, denn wir haben es verdient. Und wir brauchen die Mittel, um unsere Arbeit machen zu können. Denn diese Arbeit schützt den Bürger genauso wie den Staat selbst vor den Zumutungen demokratiefeindlicher Gruppen. Das ist unsere Aufgabe, wir schützen die Verfassung, die freiheitlich demokratische Grundordnung vor ihren Feinden.

Wutbürger und Steuerzahler

Will man Demokratie einhegen, geht das so: Zunächst teilt man die Bevölkerung in Bürger, die, wenn sie unbequem werden, auch mal den Suffix Wut verpasst bekommen, und in Steuerzahler. Beide Begriffe sind populistisch. Der »Wutbürger« ist kein erwachsener Mensch, der sich als Teil der Gesellschaft einbringt, sondern eine Zumutung für das Durchregieren. Und der »Steuerzahler« wird auf die Gegenseite platziert; er ist auch wütend – aber über die Geldverschwendung von seinen Steuern. Am besten passt es wenn der Steuerzahler auf den Wutbürger wütend ist, also auf sich selbst. Dann nämlich klappt es mit dem Durchregieren am Besten. Nichts gegen Regierung und Verwaltung! Sie regulieren die Wut der Bürger, die sich auch mal gegen etwas anderes – oder schlimmer: gegen jemand anderen – richten kann als auf Bahnhöfe oder »die da oben«. Gott und die Verwaltung bewahre uns vor derlei Wut. Dennoch sollten der Staat und seine Institutionen vor allem ihren Bürgern und deren Verfassung dienen – nicht umgekehrt.

Neonazis werden gewalttätiger

Die Projekte gegen Rechtsextremismus werden von Bürgern gemacht und unterstützt. Neonazis können wir in Deutschland nicht ertragen. Es gibt viele davon und sie werden gewalttätiger. Sie drücken das aus, was viele andere auch finden: dass es zu viele »Ausländer« gebe, dass Weiße eigentlich doch mehr wert seien, dass Juden nicht hierher gehören, nach Israel aber eigentlich auch nicht, dass Muslime allesamt Terroristen seien, dass Frauen nicht so viel Wind machen, sondern lieber Kinder kriegen sollen usw. Deshalb kann es sein, dass vielen die Antithese zum Rechtsextremismus nicht recht schmecken will. Die heißt: Alle sind gleich viel Wert, Frauen, Schwarze, Muslime, Juden und überhaupt alle – auch wenn sie nicht weiß, männlich, deutsch, heterosexuell und einigermaßen jung sind. Alle sind Bürger.

Ertappt?

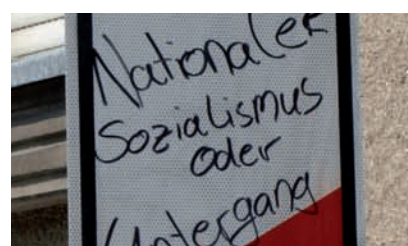
Die Projekte für Demokratie machen genau das deutlich. Wem das unangenehm ist, erklärt diejenigen, die sich gegen Rechtsextremismus wenden, einfach zu Linksextremisten. Damit Ruhe ist. Weil Nazis aber ein echtes Problem sind und Staat und Gesellschaft die Projekte wirklich brauchen, wurde die Extremismusklausel eingeführt. Wir sollen unterschreiben, dass wir weder Linksextremisten sind, noch mit ihnen zusammenarbeiten. Wer das als Misstrauen versteht, kriegt kein Geld. Wieso sollte »der Steuerzahler« Linksextremisten bezahlen? Nö. Die sollen mal unterschreiben. Und wenn sie nicht wollen, dann haben wir ja den Beweis. Der Staat muss die ja nicht fördern. Dankbar sollten die sein, dass sie gegen Rechtsextremismus arbeiten dürfen. So klingt Ignoranz. Und nicht das Subsidiaritätsprinzip, das den Bürger und seine Kompetenz als das nimmt, was er ist. Der Souverän.

Von Anetta Kabane



Demmin: Das Schweigen und seine Folgen

3



Von guten und schlechten Demokraten

4



FSJ in Sachsen: »Es bewirkt viel«

6



Björn Harras im Interview

8

»Ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit«



© Foto: Ralf Rebmann

Prof. Dr. Andreas Zick vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld ist neues Mitglied im Stiftungsrat der Amadeu Antonio Stiftung. Wir sprachen mit ihm über seine zukünftige Arbeit im Stiftungsrat.

Das 10-jährige Forschungsprojekt zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF), das Sie an der Universität Bielefeld begleiten, läuft dieses Jahr aus. Wie würden Sie die Zustände in Deutschland momentan beschreiben?

Ehrlich gesagt, alarmierend. Gerade bemerken wir erneut einen Anstieg feindlicher Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft, besonders im Bezug auf Islamfeindlichkeit und Antisemitismus. Es ist ein Wandel in der Gesellschaft zu spüren – immer weniger Deutsche fühlen sich sicher an die Gesellschaft angebunden, immer weniger fühlen sich integriert oder glauben an die Integration anderer. Rechtspopulistische Parteien nutzen diese Stimmung aus. Es ist schade, dass das Projekt jetzt ausläuft, denn an sich müsste man diese Entwicklungen weiter beobachten.

Wie blicken Sie auf die zukünftige Arbeit im Stiftungsrat und was möchten Sie in der Stiftung bewegen?

Zuerst einmal fühle ich mich sehr geehrt, dass ich für dieses Amt ausgewählt wurde. Ich denke, es ist eines der Erfolgsrezepte der Amadeu Antonio Stiftung, dass Anetta Kahane so eng mit dem Stiftungsrat zusammenarbeitet – auf diese Zusammenarbeit freue ich mich sehr. Nach so langer Zeit der Zusammenarbeit noch enger mit der Stiftung zu arbeiten eröffnet viele Perspektiven. Es wäre schön, die wissenschaftlichen Erkenntnisse von GMF weiter in der Praxis zu erproben.

Auf welche Aspekte der Arbeit freuen Sie sich besonders?

Ich freue mich darüber, dass die Arbeit der Stiftung eine Arbeit mit Zukunftsperspektive ist. Mit den Projekten werden immer konkrete Ziele verfolgt und man sieht direkte Erfolge. Ich freue mich aber auch auf die interessanten Gespräche und Diskussionen im Stiftungsrat und scheue nicht vor Konflikten und Widersprüchen zurück – ganz im Gegenteil. Die Stiftung beschäftigt sich mit unglaublich komplexen Zuständen, da stößt man immer wieder auf Widersprüche. Das besondere an der Amadeu Antonio Stiftung ist, dass sie allen zuhört und bei Problemen schnell reagiert. Ich denke, diese Arbeit wird mir viele Anregungen geben, die ich zurück in die Forschung tragen kann.

Das Interview führte Janna Fießelmann.

Daumen hoch für die Vielfaltcoaches



Eineinhalb Jahre haben sich Jugendliche aus Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auseinandergesetzt. Dabei wurden Themen angesprochen, die sonst selten beim Namen genannt werden. Sexismus, Homophobie, Rassismus und

Antisemitismus – was hat das mit uns, mit unserer Schule, oder gar mit mir zu tun? Für ihr anhaltendes Engagement, sich gegen Diskriminierung einzusetzen, erhielten die Teilnehmenden zum Abschluss ein Zertifikat, das sie als »Vielfalts- und Gleichwertigkeitscoaches« auszeichnet.

Andrea startet durch

Die Ausbildung zu Vielfalts- und Gleichwertigkeitscoaches der Amadeu Antonio Stiftung motivierte und unterstützte Schülerinnen und Schüler, selbst Projekte zu planen. So auch die von Andrea*.

Andrea ist 18 Jahre alt und sagt von sich selbst: »Leute, die mich nicht kennen, denken: Ich bin still und unscheinbar. Meine Freunde sagen: Andrea, du bist verrückt!« Gemeint ist Andreas unerschütterlicher Ehrgeiz, was durchzuziehen, wenn's drauf ankommt. Sie gehört zu den 20 Vielfalts- und Gleichwertigkeitscoaches, die gerade ihre Ausbildung abgeschlossen haben. Auf fünf Wochenendseminaren wurden Themen angesprochen, die sonst selten Beachtung finden. Sexismus, Homophobie, Rassismus und Antisemitismus – und immer wieder die Frage: was hat das mit uns, mit unserer Schule, oder gar mit mir zu tun?

In der Grundschule des kleinen Bruders

Eigentlich wollte Andrea sich kurz vor dem Schulabschluss und den ganzen Prüfungen nicht soviel Arbeit aufhalsen. Die vielen Klausuren lassen kaum Zeit für andere Dinge. Doch ein Vorfall in der Grundschule ihres kleinen Bruders macht sie nachdenklich. Er besucht die 4. Klasse. In die gleiche Grundschule ist Andrea auch gegangen. Bei einem Streit mit einem Mitschüler wird er als »Jude« beschimpft. Andrea ist empört und beschließt, sich an die Schulleitung zu wenden und schlägt auch gleich etwas vor: Weil sie gerade an dem Projekt der Amadeu Antonio Stiftung teilnimmt, würde sie gerne mit dritten und vierten Klassen der Schule einen Workshop zum Thema Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Antisemitismus anbieten. Die Schulleitung ist begeistert. Kurz darauf stehen vier Termine fest. Als wir sie fragen, wie wir sie unterstützen können, wünscht sie sich so einen lustigen Ball, den sie aus unseren Seminaren kennt, Flipchartpapier und dicke Stifte; und gern würde sie sich beraten, wie genau sie die Stunde gestalten kann.

Projekttag des Geschichtskurses

Und die Geschichte geht weiter: Beim Wochenendseminar in Berlin ist Andrea beeindruckt von den Spuren jüdischer Geschichte in der Großen Hamburger Straße. Die Diskussion um die von der Polizei bewachte jüdische Oberschule bleibt besonders hängen. Kurz entschlossen organisiert

* Name von der Redaktion geändert.

Die Ausbildung von den Vielfaltcoaches ist durchgeführt worden in Kooperation mit den RAA Mecklenburg-Vorpommern und der RAA Brandenburg. Für die Förderung danken wir der Freudenberg Stiftung und dem XENOS Programm »Integration und Vielfalt«.



Von Tina Tisch

Demmin: Das Schweigen und seine Folgen

Seit der NPD 2006 der Einzug in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern gelang, versucht sie dort ihre Strukturen auszubauen und ihre Position zu stärken. So hat sie das Städtchen Demmin für sich entdeckt und profitiert seitdem von seiner totgeschwiegenen Geschichte.

In Dreierreihen laufen sie Richtung Hafen. Schwarz gekleidet, schweigend, mit ernster Miene. Viele von ihnen tragen Fackeln, die sie später anzünden wollen. Vorne laufen Fahnenträger und zwei junge Frauen, die einen Gedenkkranz halten – fast verdeckt von dem riesigen schwarzen Banner, mit dem sich der Umzug durch die kleine Stadt bewegt: »Demmin 1945. Kein Vergeben – Kein Vergessen« ist darauf zu lesen. Doch je näher die Kolonne zum Hafen kommt, desto lauter wird es. Auf der gegenüberliegenden Uferseite haben sich an die 400 Menschen versammelt, die den braunen Marsch mit lauten Rufen und Plakaten begrüßen. »Demmin bleibt bunt« ist da zu lesen, »NPD gefällt mir nicht« oder »8. Mai – Nazi-frei«.

»Mehr als 1.000 Deutsche...«

Vierorts in Deutschland nutzen Neonazis den 8. Mai – den Tag der Befreiung – um gegen die »Befreiungslüge« zu protestieren und ihre Ideologie unters Volk zu bringen. Doch was zieht sie nach Demmin, an den Hafen der kleinen Kreisstadt im Herzen von Mecklenburg-Vorpommern? Ein Teil der Geschichte Demmins liegt hier wie begraben unter der stillen und trüb glänzenden Wasseroberfläche der Peene, die durch den Hafen fließt und, zusammen mit der Tollense, die Stadt wie ein Band umschließt. Im Frühjahr 1945, als die Rote Armee Demmin einnahm, wurde der Fluss Schauplatz einer bis heute wenig erforschten Selbstmordwelle. In der DDR-Zeit wurden die Ereignisse totgeschwiegen. Heute nutzen Neonazis das weiße Blatt in der Geschichte der Stadt, um ihre eigene Version zu schreiben. Man liest in ihrem Aufruf zum Trauermarsch: Besoffene Rotarmisten seien Anfang Mai 1945 plündernd und mordend durch die Stadt gezogen, hätten Hunderte von Frauen und Mädchen »auf brutalste« vergewaltigt. »Viele Demminer wählten damals aus Angst und Scham den Freitod. Diese Massenselbsttötung ist die bislang größte bekannte in der deutschen Geschichte. Mehr als 1.000 Deutsche nahmen sich vor und nach dem Einmarsch der Roten Armee das Leben, indem sie sich in der Peene ertränkten«, schreiben sie weiter.

»Dieses Jahr wollten wir zusammenstehen, Gesicht zeigen«

Bereits das vierte Jahr in Folge gedenken Neonazis am 8. Mai den Toten von Demmin. Mittlerweile kommen an die 200 von ihnen hier zusammen. Doch in diesem Jahr stehen 400 friedliche Demonstrierende am gegenüberliegenden Peenufer, um zu zeigen, dass sie hier nicht willkommen sind. So auch Heinz. Zusammen mit anderen engagierten Leuten aus Demmin und der Umgebung hat er im letzten Jahr das »Aktionsbündnis 8. Mai« gegründet und das »Friedensfest« im



Neonazi-Aufmarsch in Demmin

Hafen organisiert, um dem Trauermarsch der Nazis lautstark etwas entgegenzustellen. »In den letzten Jahren kamen auch schon Leute zusammen, um gegen den Aufmarsch der Nazis zu protestieren, aber alle standen getrennt. Es sah nach nicht viel aus«, berichtet Heinz. »Die Motivation war hoch, sich richtig zu organisieren. Dieses Jahr wollten wir zusammenstehen, Gesicht zeigen. Demmin sollte ein richtiges Zeichen setzen.« Der Weg dahin war nicht leicht. 2010 hatte das frisch gegründete Bündnis zwar eine Gegenaktion beworben, aber kaum einer tauchte auf. Das mag auch an der Reaktion der Stadtvertretung auf den Nazi-Trauermarsch gelegen haben. »Bisher riet der Bürgermeister am 8. Mai nach Hause zu gehen und die Fenster zu schließen. Leider haben das viele Leute befolgt. In diesem Jahr war aber auch der Stadtvertretung klar – wegsehen hilft nicht, es muss sich was ändern«, erzählt Heinz. Diesmal hat sich die Stadt engagiert und selbst Aktionen rund um den 8. Mai organisiert und das Aktionsbündnis bei seiner Arbeit unterstützt.

Geschichte, Mythos, Propaganda

Petra Clemens arbeitet nur ein paar Fußschritte vom Hafen entfernt. Zusammen mit ihrem Mann leitet sie das Regionalmuseum von Demmin, das in einem alten Getreidespeicher untergebracht ist. Beide engagieren sich im »Aktionsbündnis 8. Mai« und haben mit einer Ausstellung im Museum entscheidend dazu beigetragen, dass Demmin sich endlich mit seiner Geschichte auseinandersetzt und beginnt, das Verdrängte und Verschwiegene aufzuarbeiten. »Selbst in den Tod gegangen, ums Leben gebracht ...« ist seit dem 28. April in den Räumen des Museums zu sehen. »Es ist das erste Mal, dass die Selbsttötungen vor Ort öffentlich thematisiert werden. In der DDR-Zeit gab es ja sogar ein Forschungsverbot. Uns war wichtig, sachlich an das Thema heran zu gehen und es zu kontextualisieren. Nur so kann man dem Mythos, der sich um die Geschichte gebildet hat entgegenzutreten, dem Mythos, den die Nazis für ihre Zwecke instrumentalisieren«, sagt Petra Clemens. Das Museum hat damit angefangen, das

Beerdigungsregister des Friedhofs und die Sterbebücher des Standesamtes auszuwerten. Dabei ist klar geworden: eine genaue Zahl der Toten aus jenen Tagen wird es nie geben. »Es ist reine Propaganda, Zahlenrechnung zu betreiben«, so Clemens, »durch unsere Recherche konnten wir um die 400 Selbsttötungen nachweisen. Diese Zahl ist natürlich nach oben hin offen – es gab viele Flüchtlinge zu der Zeit, viele der Leichen wurden erst gar nicht geborgen, geschweige denn gezählt. Die magische Zahl der 1.000 Toten tauchte einmal in einer Broschüre der Bundeszentrale für politische Bildung auf, viele Medien sind dann auf den Zug aufgesprungen, die Nazis auch. Belegen lässt sie sich nicht.« Auch dies macht die Ausstellung deutlich – die Selbstmorde hingen zwar direkt zusammen mit dem Auftreten der Roten Armee, müssen aber auch als eine Reaktion auf die erlebte Kriegsniederlage und den Untergang des Nationalsozialismus verstanden werden. »Als Welle ‚kollektiv-eskapistischer Tötungen‘ werden die Selbstmorde mittlerweile in der Forschung beschrieben, als eine massenhafte Flucht aus der Realität, als Reaktion auf den Zusammenbruch des Dritten Reiches«, weiß Clemens.

Genug geschwiegen

Dieser Realität entziehen sich auch die Neonazis. Damit ihnen nicht Massen folgen wie vor fast 60 Jahren, ist es dem »Aktionsbündnis 8. Mai« wichtig die Aufklärungsarbeit in Demmin fortzuführen und das auf lange Sicht. Wichtig dabei sind ganz klar auch die jungen Leute. Eine Gruppe engagierter Schülerinnen und Schüler am Demminer Goethegymnasium arbeitet aktiv im Aktionsbündnis mit. Sie sind ganz von selbst dazugestoßen. »Ich habe gemerkt, dass sich Demmin verändert hat, es ist schlimmer geworden mit den Nazis hier. Und unter den Jugendlichen gibt es viele Mitläufer.«, erzählt der 18-jährige Abiturient Henry, »deshalb ist es wichtig, dass sich auch die jungen Leute zusammenschließen und sagen »Nazis wollen wir hier nicht« und nicht nur stillschweigen.« Denn geschwiegen wurde in Demmin schon viel zu lange.

Von Janna Fießelmann

»KEIN ORT FÜR NEONAZIS« IN MECKLENBURG-VORPOMMERN
 Mit der Kampagne »Kein Ort für Neonazis« in Mecklenburg-Vorpommern unterstützt die Amadeu Antonio Stiftung zivilgesellschaftliche Initiativen, deren regionale Vernetzung und Austausch sowie vor allem Jugendliche in Mecklenburg-Vorpommern, die rechten Strukturen vor Ort entgegenzutreten und den nochmaligen Einzug der NPD in den Landtag verhindern wollen. Unterstützung erhält die Amadeu Antonio Stiftung dabei u.a. von der Stiftung Umverteilen, der DGB Jugend, dem Fußballverein Hansa Rostock und vielen Initiativen. Bis zum 4. September kann man sich bei der Amadeu Antonio Stiftung mit einem Projekt bewerben und wird dann schnell und unbürokratisch unterstützt. So konnten der Protest von Schülerinnen und Schüler gegen eine Neonazidemonstration am 1. Mai in Greifswald unterstützt werden. Viele Bürgerinnen und Bürger aus Greifswald stellten sich hinter das Motto »Kein Ort für Neonazis!«



Regionalmuseum Demmin

Von guten und schlechten Demokraten



Sachsen streitet um die Extremismusklausel und die Kontrolle über demokratische Initiativen. Anstatt Demokraten zu gängeln sollte die Regierung endlich entschlossen gegen die unerträgliche Alltagsmacht der Rechtsextremisten vorgehen.

Wer die Debatte über die Extremismusklausel in Sachsen verfolgt, muss den Eindruck gewinnen, das Land werde bedroht: von Linken mit fragwürdiger Gesinnung, die den Kampf gegen den Rechtsextremismus unterwandern und dafür auch noch Geld vom Staat abgreifen. Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) lässt sich auch vom Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages nicht davon abbringen, den Initiativen, die Gelder für demokratische Projekte beantragen, ein Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung abzutun. Die Wissenschaftler des Bundestages mahnen, der Staat dürfe dieses Bekenntnis nur in Ausnahmefällen einfordern: von Beamten und bei der Einbürgerung. Damit nicht genug, Initiativen sollen in Sachsen, einer Vorgabe von Bundesfamilienministerin Schröder folgend, Pressemitteilungen vom Sozialministerium genehmigen lassen. Ausgewiesene Experten, die vor Ort über Jahre Informationen über rechte Gewalt und das Versagen der Kommunen gesammelt haben und als einzige Klartext reden, sollen an die kurze staatliche Leine gelegt werden. Das passt in einen Obrigkeitsstaat, nicht in eine Demokratie. Schon jetzt macht kollektives Schweigen systematische rechte Gewalt überhaupt erst möglich.

Nicht die Falschen kämpfen gegen Rechts, sondern beschämend wenige

Erschreckend ist nicht nur, dass Ulbig rechtliche Argumente ignoriert, sondern auch das politische Kalkül dahinter. Der Minister konstruiert wider besseren Wissens ein Scheinproblem, das von permanent unerträglichen Zuständen im Land

ablenkt. Nicht die Falschen kämpfen gegen Rechts, sondern beschämend wenige. Das ist die Perfidie hinter der vermeintlichen Petitesse: Während Neonazis Kleinstädte terrorisieren, nimmt die Regierung deren Gegenspieler ins Visier. Als Bürgermeister von Pirna hat Ulbig vorgemacht, wie man rechte Alltagsmacht bricht. Pirna war Hochburg der Kameradschaft Skinheads Sächsische Schweiz (SSS). Die terrorisierte über Jahre die Region, Opfer überlebten Angriffe nur mit Glück. Ulbig war der erste CDU-Bürgermeister, der das Problem offen ansprach. Und mit engagierten Bürgern die rechte Dominanz aus Angst und Gewalt beendete: mit interkulturellen Festen, Ausstellungen und klaren Worten. Als Bürgermeister hat Ulbig erfahren, dass ohne engagierte Demokraten demokratiefreie Zonen entstehen, weil dann Neonazis Straßen und Lufthoheit erobern. Als Minister stellt er diejenigen, die es so machen wie seine ehemaligen Weggefährten von der Aktion Zivilcourage, unter Generalverdacht. Und das ohne Not. Beispiele für linksextrem unterwanderte Initiativen bleibt er schuldig. Das fatale Signal an die Wähler: Wer gegen die Rechten kämpft, muss ein Linker sein. Und die sind suspekt.

Angegriffen, gejagt, verletzt – und dann zu Provokateuren erklärt

In vielen sächsischen Städten haben Neonazis in den vergangenen Jahren Macht erobert. In Mügeln wurden Mitglieder des Vereins »Vive le Courage« von »Sieg heil« brüllenden Gewalttätern angegriffen, gejagt und verletzt. Im Ort sangen Neonazis, sie würden eine U-Bahn von Jerusalem nach Auschwitz bauen. In Colditz terrorisierten sie eine Familie. Ein junger Mann aus Geithain wurde von »freien Kräften« im Internet zum Freiwillig erklärt und an einer Tankstelle so verletzt, dass ihm eine Metallplatte in den Kopf operiert werden musste. In Limbach-Oberfrohna wurde dutzendfach das Haus eines demokratisch engagierten Vereins angegrif-

DEMOKRATIE BRAUCHT VERTRAUEN

Im Rahmen des Projektes »Demokratie braucht Vertrauen« setzt sich die Stiftung mit den Folgen der Extremismusklausel auseinander. Ziel des Projektes ist es, über die Folgen der Klausel zu informieren und das Selbstbewusstsein für eine aktive und unabhängige Zivilgesellschaft zu stärken. Im Rahmen der Verleihung des fünften Sächsischen Förderpreises 2011 am 9. November in Dresden werden sich auch zivilgesellschaftliche Initiativen auf einer Tagung über die Extremismusklausel austauschen.

IMPRESSUM

Herausgeber: Amadeu Antonio Stiftung
Linienstraße 139, 10115 Berlin
Redaktion: Sarah Schulz
Mitarbeit: Janna Fießmann, Anetta Kahane (V.i.S.d.P.), Michael Kraske, Robert Lüdecke, Thomas Olsen, Timo Reinfank, Maïke Seyfahrt und Nora Winter
Gestaltung: Design, Berlin
Druck: Bildr Druck GmbH, Berlin
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem FSC-Papier
© Amadeu Antonio Stiftung, August 2011

fen, auch deren Mitglieder zusammenschlagen. Mutmaßlich ein Neonazi zündete das Vereinsheim an, Anwohner mussten evakuiert werden. In Kleinstädten erzählen Schüler emotionslos, wie sie von rechten Schlägern angegriffen werden wie das Mädchen in Borna, dessen Kopf gegen eine Laterne gestoßen wurde. Bürgermeister lügen diesen permanent spürbaren Rechtsextremismus weg. Schlimmer noch, sie erklären die Demokraten in Vereinen und Initiativen zu Linksextremisten und Provokateuren. Die Staatsregierung liefert für die Formel »links wie rechts« Argumentationshilfe. Zu dem gefährlichen demokratischen Versagen in den Kommunen schweigt Minister Ulbig. Die Bilanz des einstigen Hoffnungsträgers ist dürrig: ein paar Beamte mehr für die Soko Rex, dafür streicht er der Polizei Tausende reguläre Stellen. Opfer rechter Gewalt, schon jetzt oft im Stich gelassen, müssen künftig noch länger auf Hilfe warten. Auch das klare Wort ist Ulbig abhanden gekommen. Stattdessen rückt er die wenigen, die sich engagieren, ins Licht des Zweifels. Diejenigen, die Rechtsextremisten in Mügeln, Pirna oder Limbach-Oberfrohna entgegen treten, beweisen täglich, dass sie Demokraten sind. Etliche gewählte Politiker hingegen fügen der Demokratie schweren Schaden zu.

Von Michael Kraske

Michael Kraske ist Journalist und Buchautor (Und morgen das ganze Land – Neue Nazis, befreite Zonen und die tägliche Angst; ein Insiderbericht). Michael Kraske wurde mehrfach ausgezeichnet für seine Berichterstattung über Ostdeutschland, zuletzt 2010 mit dem Sächsischen Journalistenpreis. Im vergangenen Jahr wurde seine Reportage »Der ganz normale Hass« über den alltäglichen Antisemitismus gegen einen jüdischen Gastronomen für den Deutschen Reporterpreis nominiert.

IHRE SPENDE HILFT!

Mit guten Ideen und persönlichem Einsatz gegen Rassismus, Neonazis sowie alten und neuen Antisemitismus – so wünschen wir uns eine starke Zivilgesellschaft. Doch manchmal scheitert die beste Idee schon an der fehlenden Finanzierung. Dabei kann Ihre Spende engagierten Menschen vor Ort dabei helfen, der braunen Hegemonie entgegen zu treten. Die Amadeu Antonio Stiftung fördert Initiativen dort, wo Ausgrenzung auf der Tagesordnung steht. Hierfür brauchen wir Ihre Spende!

Spendenkonto der Amadeu Antonio Stiftung: Deutsche Bank Bensheim BLZ 50970004 Konto 030331300

»Achtung, Bildung hilft!«

Die Amadeu Antonio Stiftung unterstützt besonders gern Projekte gegen Neonazis an Schulen. So können Schülerinnen und Schüler in ihrem Engagement ermutigt werden.

Neonazismus ist kein reines Jugendphänomen. Doch gerade die neueren Entwicklungen in der Szene richten sich an Jugendliche, sprechen sie an. So wird es bei Neonazis »trendy«, Graffiti und Schablonen zu sprühen, sich nicht mehr wie die Stiefelnazis der 90er Jahre zu kleiden, sondern sich mit coolen Sonnenbrillen und Buttons zu schmücken, oder CDs zu produzieren, auf die Konzertvideos von Neonazi-Rockbands gebrannt wurden.

Neonazis und ihre Ideologie als Unterrichtsthema

Das heißt nicht, dass Jugendliche besonders anfällig für neonazistische Propaganda sein müssen. Viele Schülerinnen und Schüler setzen sich bereits von sich aus gegen rechte Gewalt und nationalsozialistische Ideologie ein. Doch können Lehrerinnen und Lehrer, die Neonazis und ihre Ideologie zum Thema im Unterricht machen, Schülerinnen und Schüler zu einem dauerhaften Engagement ermutigen und über die längerfristigen Folgen für die Gesellschaft aufklären. Ältere Klassen engagieren sich mit der Schülervertretung und organisieren Schulkonzerte gegen Rassismus. So können sie für die Jüngeren an der Schule ein Vorbild sein. Bei solcher Gegenwehr verlieren die Strategien der Neuanwerbung von Neonazis ihre Anziehungskraft. Eine Gegenkultur, die nicht auf Exklusion und Feindbilder, sondern auf Teilhabe und Freiheit setzt sowie von Gleichwertigkeit lebt, ist das beste Mittel gegen Neonazis. Deshalb fördert die Amadeu Antonio Stiftung besonders gern Projekte an Schulen.

Einen eigenen Film drehen und die Mitschüler im Projekt mitnehmen

So beschäftigen sich zum Beispiel 20 Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums bei St. Anna in Augsburg über ein ganzes Schuljahr mit Neonazis. Sie sind in einem Projektseminar zum Thema und veranstalten einen Abend im Augsburger Kino mit einem selbstgedrehten Film über einen Neonaziassteiger, den sie zu sich eingeladen haben.

Arbeitnehmerfreizügigkeit und Polenfeindlichkeit

Am 1. Mai 2011 wurde der deutsche Arbeitsmarkt für die Bürgerinnen und Bürger der östlichen Mitgliedsländer der Europäischen Union geöffnet. Bei der NPD ist dies ein beliebtes Thema, um polenfeindliche Ressentiments in Mecklenburg-Vorpommern zu schüren.

Auf der Internetseite der NPD Mecklenburg-Vorpommern fällt einem sofort ein Stoppschild unter der Überschrift »Unsere Heimat – unsere Arbeit! Fremdarbeiterinvasion stoppen« ins Auge, auf das schwarze Pfeile mit Aufschriften »Polen«, »Tschechen« und »Ungarn« zuströmen. Darunter mobilisierte die NPD zum 1. Mai nach Greifswald. Und wollen zur bevorstehenden Landtagswahl punkten. Ängste in der Bevölkerung der strukturschwachen Grenzregion werden damit weiter geschürt und mit einer konkreten Ursache – den Polen – in Verbindung gebracht.

Immer wieder die Grenzregion zu Polen

In der Grenzregion von Mecklenburg-Vorpommern hantiert die rechtsextreme Szene regelmäßig mit polenfeindlichen Ressentiments. Trauriger Höhepunkt waren dabei Plakate mit der Aufschrift »Poleninvasion stoppen« anlässlich der Kampagne zu den Kommunalwahlen 2009. Neue Nahrung sollen solche Parolen durch die Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der Europäischen Union erhalten. Die neue Freizügigkeit ist ein fundamentales Grundrecht aller Unionsbürgerinnen und -bürger. Ab dem 1. Mai 2011 haben unter anderem polnische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer uneingeschränkter Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt. Glaubt man der NPD, dann droht eine »Überschwemmung durch Fremdarbeiter« zum 1. Mai.

Wer ist wirklich betroffen?

Laut NPD sind »besonders die Bau- sowie die Gesundheits- und Pflegebranche« sowie die »Landwirtschaft und die Gastronomie« betroffen. Was die NPD verschweigt: Mindestlöhne



Banner der Schülerinnen und Schüler in Greifswald

Doch damit nicht genug: Die Schülerinnen und Schüler laden einen KZ-Überlebenden zu sich ein, gestalten selbst Unterrichtsstunden und eine Wanderausstellung. Außerdem bessern sie die Schulbibliothek mit aktuellen Publikationen auf. Diese Vielfalt an Möglichkeiten sich mit Neonazis und ihrer Ideologie auseinanderzusetzen, hat die Amadeu Antonio Stiftung beeindruckt und deshalb hat sie sich für eine Förderung ausgesprochen. Ein engagierter Lehrer oder eine Lehrerin und interessierte Schülerinnen und Schüler können somit alle an einer Schule sensibilisieren, aufklären und zu eigenem Engagement anregen.

Ein Banner gegen die NPD

Genau das können auch die Schülerinnen und Schüler an der Waldorfschule in Greifswald. Zum 1. Mai marschierte die NPD durch die Stadt. Aber das wollte die Schülerschaft

gelten für alle Unionsbürgerinnen und -bürger gleichermaßen. Zu den Branchen, in denen Mindestlöhne gelten, gehören unter anderem das Bauhaupt- und Baunebengewerbe (z.B. Maler- oder Dachdeckerhandwerk), Gebäudereinigung, Briefdienstleistungen, Sicherheitsdienstleistungen, die Abfallwirtschaft und die Pflegebranche. Ab dem 1. Mai gelten auch für die Leih- bzw. Zeitarbeit Mindestlöhne. Und insbesondere im Hotel- und Gaststättengewerbe Mecklenburg-Vorpommerns gibt es Arbeitskräftemangel. Dabei zielt die NPD mit ihrer Kritik keineswegs auf gerechtere Löhne und die Stärkung von Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechten, sondern vielmehr auf die Errichtung einer »Volks-gemeinschaft«, wobei die Entsolidarisierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bewusst nach dem Kriterium der Herkunft hergestellt wird.

Nichts Neues...

Die Gefahr vor »billigerer Konkurrenz aus dem Osten« ist kein neues Bild in Deutschland. Bereits Ende des 19. Jahrhunderts beschuldigte man polnische Beschäftigte im Ruhrgebiet und in der Landwirtschaft, die Löhne zu drücken. In den 1920er Jahren und in der Zeit des Nationalsozialismus wurden polenfeindliche Stereotype politisch instrumentalisiert – eine Strategie, die später auch die DDR-Regierung mit anderen Inhalten anwendete. Dabei zeigen die bestehenden Klischees, die in der deutschen Gesellschaft über Polen existieren, wie unbekannt das Nachbarland trotz der geographischen Nähe und der geschichtlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen noch ist. Dadurch fällt es der rechtsextremen Szene leicht- und leider nicht nur ihr, Ängste über Polen und die Polen zu schüren.

Das Projekt »perspektywa«

Das Projekt »perspektywa« der Regionalen Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Mecklenburg-Vorpommern e. V. in Kooperation mit der Amadeu Antonio Stiftung setzt sich mit diesen Ressentiments auseinander. Es hat zum Ziel, Multiplikatoren für das Problem zu sensibilisieren und ihnen Möglichkeiten aufzuzeigen, wie sie dagegen vorgehen können. Dabei liegt der Schwerpunkt auf den Landkreisen an der deutsch-polnischen Grenze, wo die

nicht einfach akzeptieren: »Es war klar, dass wir etwas machen müssen«, sagt Theresa, Schülerin der Waldorfschule. »Im Plenum der Oberstufe haben wir von Seiten der Schülerschaft beschlossen, ein Banner zu gestalten und zur Straßenseite rauszuhängen«, so Theresa. Denn ihre Schule lag direkt an der Demonstrationroute der Neonazis. So haben sie geschnitten, genäht und gesprüht und ein riesiges Banner für ihre Schule angefertigt. »Achtung, Bildung hilft!« und »Greifswald hat die Nazis satt« ist auf dem Banner zu lesen. Den Stoff, die Farben ebenso wie die Haken und Seile zur Befestigung hat die Amadeu Antonio Stiftung im Rahmen der Kampagne »Kein Ort für Neonazis« gefördert. So konnten die Schülerinnen und Schüler ihren Protest gegen die NPD-Demonstration am 1. Mai ausdrücken. Mit einer Spende an die Amadeu Antonio Stiftung können Sie helfen, junges Engagement zu unterstützen.

Von Nora Winter

rechtsextreme Szene besonders stark mit polenfeindlichen Ressentiments mobilisiert.

Freizügigkeit als Chance

Die Freizügigkeit polnischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist keine Gefahr, sondern vielmehr eine Chance zur Vertiefung der grenzüberschreitenden Beziehungen. Statt Ängste und Vorurteile, könnten dadurch dauerhafte deutsch-polnische Kooperationen gefördert werden. Das Projekt »perspektywa« setzt sich vor allem für eine Versachlichung der Diskussion ein und zeigt dabei, dass Ängste vor der Öffnung des Arbeitsmarktes für mittel- und osteuropäische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Grenzregion Mecklenburg-Vorpommern unbegründet sind. Es ist daher zu hoffen, dass sich eine pragmatische Haltung bei der Bevölkerung durchsetzt – und die NPD wenig Erfolg mit ihren Versuchen hat, polenfeindliche Ressentiments zu schüren.



Von Niels Gatzke, Projektleiter »perspektywa«

Das Projekt »perspektywa« wird durch das Bundesministerium des Innern im Rahmen des Bundesprogramms »Zusammenhalt durch Teilhabe« sowie die Freudenberg Stiftung gefördert.



Grenzzaun auf Usedom, Foto: nevsred, cc

FSJ in Sachsen: »Es bewirkt viel«

Seit Jahren unterstützt Mut gegen rechte Gewalt die Aktion Zivilcourage Pirna und fördert das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) in dem Verein. So kann ein junger Mensch für ein Jahr seine Ideen bei der Aktion Zivilcourage einbringen. Wir haben mit Björn Kieckhäfer gesprochen, der in diesem Jahr dabei ist.

Wie bist Du darauf gekommen Dein FSJ bei der Aktion Zivilcourage Pirna zu machen?

Der Projektträger ist ja die Sächsische Jugendstiftung. Sie koordiniert die Einsatzstellen. Als ich mein Abi im letzten Jahr fertig hatte, wollte ich nicht zur Bundeswehr. Für Politik habe ich mich schon länger interessiert und dann bin ich der Aktion Zivilcourage Pirna auf einer Messe begegnet. Die Aktion Zivilcourage hat viele interessante Projekte, die selbst organisiert werden. Ich dachte, da kann ich mich gut einbringen, weil ich schon während meiner Schulzeit selbst Projekte organisiert habe.

Was sind Deine Aufgaben bei der Aktion Zivilcourage?

Ich helfe mit, Projekte zu organisieren. Zum Beispiel Gedenkstättenfahrten. Im letzten Jahr habe ich Schülerinnen und Schüler zu einer Fahrt nach Auschwitz begleiten können, ein anderes Mal nach Theresienstadt. Außerdem kümmere ich mich um die Post und die Pressemitteilungen der Aktion Zivilcourage und unterstütze das Gedenkspür-Sprühen.

Was ist das?

Es gibt in Pirna eine Gedenkspur, die an die Opfer der Euthanasie erinnert. In Pirna war die Anstalt Sonnenstein, die

an der Euthanasieaktion T4 beteiligt war. Die Gedenkspur muss regelmäßig nachgesprüht werden, damit sie nicht verblasst. Genau so wenig wie die Erinnerung daran verblasen darf. Das machen die Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein und die Aktion Zivilcourage zusammen. Mit der FSJlerin aus der Gedenkstätte habe ich auch ein eigenes Projekt auf die Beine gestellt. Wir haben den Vortrag »Vom Alltagsrassismus zum Rechtsextremismus« entwickelt und halten den vor Schülerinnen und Schülern, aber auch vor anderen FSJlern.

Wie nimmst Du Deine Arbeit wahr? Hast Du das Gefühl etwas bewegen zu können?

Erst gestern hatte ich ein Erfolgserlebnis. In unserem Europa-Projekt bringen wir Schülerinnen und Schülern Europa und die EU näher. Dazu gab es zuerst eine Europa-Rallye durch Pirna. In der Folgeveranstaltung reagierten die Schülerinnen und Schüler auf die Fragen auch mit dem Wissen aus dieser Rallye. Ich habe gesehen, dass etwas hängen bleibt und etwas dazu gelernt wurde.

Hat der Verein mit Bedrohungen durch Neonazis zu kämpfen?

In den Anfängen der Aktion Zivilcourage gab es Bedrohungen und Schmierereien an der Hauswand. Mittlerweile ist es ruhiger geworden und in meiner Zeit habe ich noch nichts dahingehend erlebt. Sicherlich gibt es manchmal komische Sprüche, aber das sind nicht immer Bedrohungen.

Denkst du die Arbeit der Aktion Zivilcourage hat dazu beigetragen, dass sich das Klima in Pirna verbessert hat?



Markt der Kulturen. © Foto: Aktion Zivilcourage Pirna

Ja, wir erreichen viele Leute und leisten gute Arbeit vor Ort. Es hat sicher geholfen, etwas zu verändern. Der Verein ist sehr vielseitig aufgestellt. Wir gehen auf Schülerinnen und Schüler zu. Ich finde es wichtig, dass man zeigt, dass man sich neben dem Schulalltag auch politisch einbringen und engagieren kann.

Vielen Dank für das Interview.

Auch ich möchte mich bei Mut gegen rechte Gewalt und bei der Amadeu Antonio Stiftung bedanken. Ich habe viel Spaß an der Arbeit. Ich bin glücklich, das FSJ zu machen. Es bewirkt viel.

Das freut uns sehr! Viel Erfolg weiterhin.

Das Interview führte Nora Winter

Lichtblicke in Sachsen

Gerade in einem schwierigen politischen Umfeld müssen zivilgesellschaftliche Initiativen unterstützt werden, die sonst angefeindet und verdächtigt werden. Die Amadeu Antonio Stiftung fördert finanziell und möchte damit vor allem Anerkennung zeigen.

Die NPD hat acht Sitze im Landtag. Mit 239 rechten Angriffen führt das Bundesland die Statistik der Opferberatungen an. Ein antirassistischer Fußballverein wird bei einem Auswärtsspiel von den Fans der gegnerischen Mannschaft brutal angegriffen. Die letzten beiden Morde aus rechten und rassistischen Motiven sind hier passiert. Die Zivilgesellschaft muss sich gegen Anfeindungen wehren und wer sich gegen Neonazis engagiert, gerät schnell in den Verdacht »nicht demokratisch« zu sein. Die Rede ist von Sachsen. Ein Bundesland, in dem eine landesweit vernetzte Neonaziszene durch Angriffe Städte wie Mügeln, Colditz oder Brandis in die bundesweiten Schlagzeilen gebracht hat.

Langer Atem und Mut

Einzelpersonen, Vereine und Netzwerke, die sich in Sachsen gegen Neonazis und für demokratische Kultur engagieren, müssen einen langen Atem haben – und Mut. Trotz der düsteren Bilanz in diesem Bundesland gibt es Initiativen, die bewundernswerte Arbeit leisten. Die Amadeu Antonio Stiftung fördert viele von ihnen und will damit nicht nur finanzielle Unterstützung geben, sondern vor allem Anerkennung zeigen. Zum Beispiel für die Opferberatung der RAA. Denn diese erstellt eine Broschüre über den Mord an Marwa El-Sherbiny, der 2009 in einem Dresdner Gerichtssaal vor aller Augen geschah. Eine Welle der Empörung schwappte bis Ägypten. Und als der Dresdner Verein »Bürger.Courage«, der auch mit dem sächsischen Förderpreis für Demokratie ausgezeichnet wurde, 2010 18 Betonmesser in der Stadt aufstellte, die die 18 Stiche symbolisieren, mit denen Marwa El-Sherbiny getötet wurde, wurden diese wiederholt mutwillig zerstört. Die Erinnerung an Marwa El-Sherbiny darf aber nicht verblasen und gerade wegen der Anfeindungen und Zerstörungen ist es wichtig, dass es Initiativen gibt, die weiterhin ihren Mord thematisieren. Und vor allem auch nach seinen Hintergründen und Ursachen fragen. Deshalb fördert die Amadeu Antonio Stiftung die Publikation der Opferberatung.

Nachhaltigkeit

Wichtig ist aber auch eine nachhaltige Demokratieentwicklung. Nur wenn grundsätzlich über Demokratie und Zusammenleben nachgedacht wird, können Rassismus und Antisemitismus besiegt werden. So unterstützt die Amadeu Antonio Stiftung das Buchprojekt des Kulturbüros Sachsen



zum Thema »Arbeit für demokratische Kultur ist Arbeit gegen Rechtsextremismus«. Die vielen Erfahrungen durch die breiten Tätigkeiten, die das Kulturbüro in den letzten Jahren seiner Arbeit gesammelt hat, werden in dem Buch zusammengefasst. Sport, Kirche und Jugendhilfe sind Felder, in denen das Kulturbüro wirkt. Eine Zusammenfassung und Analyse dieser Arbeit gibt Anregungen und zeigt gelungene Beispiele aus der Praxis, die Lichtblicke in der düsteren Realität des Bundeslandes sind.

Mit Migranten reden – nicht über sie

Ein Lichtblick ist auch das Netzwerk Tolerantes Sachsen. Von Neonazi-Gewalt betroffen sind vor allem Menschen, die nicht in ein Bild von einem homogenen Deutschland passen. Gerade Migrantinnen und Migranten sehen sich zunehmend Bedrohungen durch Neonazis ausgesetzt. Außerdem sind sie Kern einer (alltags)rassistischen Debatte um Zuwanderung, die nicht mit, sondern über sie geführt wird. Das Netzwerk setzt an diesem Problem an und richtet zusammen mit dem Sächsischen MigrantInnenbeirat einen Praxistag zum Thema »Alle inklusive – von der Normalität des Unterschieds« aus. Was heißt also eigentlich »Integration«? Geht es nicht eher um Inklusion? Wer soll sich eigentlich wohinein integrieren? Das sind Fragen, die zusammen mit den Menschen diskutiert werden, über die sonst geredet wird. Unterstützt wird der Praxistag von der Amadeu Antonio Stiftung im Rahmen der stern-Aktion »Mut gegen rechte Gewalt«. Diese Lichtblicke in Sachsen gilt es zu unterstützen und ihnen den Respekt entgegen zu bringen, den sie verdienen. Mit einer Spende an die Amadeu Antonio Stiftung helfen Sie diesen Projekten, ihre wichtige Arbeit fortzuführen.

Von Nora Winter

Betonmesser in Dresden © Foto: Bürger.Courage

MUTIGE PROJEKTE UNTERSTÜTZEN

MUTIGE MENSCHEN DORT UNTERSTÜTZEN, WO NEONAZIS EIN KLIMA DER ANGST SCHÜREN UND SICH SONST SCHEINBAR NIEMAND DAFÜR INTERESSIERT – DAS WAR DIE IDEE ZUR GEBURTSTUNDE DER STERN-AKTION »MUT GEGEN RECHTE GEWALT«. AUCH ZEHN JAHRE SPÄTER IST MUT-GEGEN-RECHTE-GEWALT.DE NICHT NUR DAS MEDIUM, DAS DIE GROSSEN UND DIE KLEINEN GESCHICHTEN ENGAGIERTER MENSCHEN ERZÄHLT, SONDERN DAS IHNEN AUCH SCHNELL UND UNBÜROKRATISCH BEI IHREM ENGAGEMENT Hilft. UNTERSTÜTZEN SIE UNS DABEI MIT IHRER SPENDE!

SPENDENKONTO DER AMADEU ANTONIO STIFTUNG:
DEUTSCHE BANK BENSHEIM
BLZ 50970004 KONTO 030 331 329

Gegen Diskriminierung in Diskotheken

...unter diesem Motto unterstützt der noch junge Verein »BUG e.V.« Diskriminierte. Mit der Förderung des Opferfonds CURA steht nun ein Musterprozess gegen die diskriminierende Praxis einer Diskothek an.

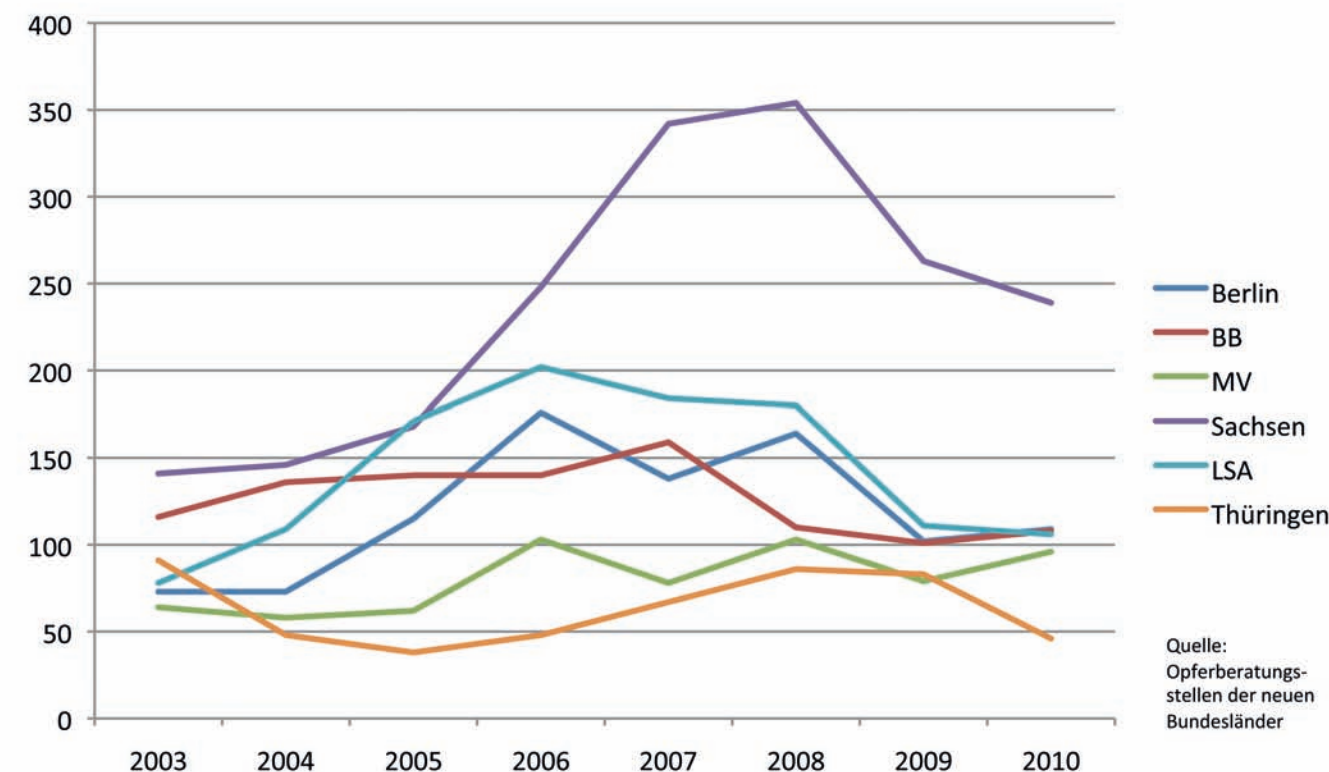
Heimat – das ist für Daniel* eine Kleinstadt im Süden Deutschlands. Seit vielen Jahren lebt er in dem Ort, hat dort Familie und Freunde. Eigentlich ist er wie andere Teenager auch, aber wenn er mit seinen Freunden in eine örtliche Diskothek feiern gehen möchte, wird ihm der Eintritt verweigert. Der Grund dafür: Daniel hat als Sohn einer schwarzen Mutter und eines weißen Vaters eine dunkle Hautfarbe – mehr nicht. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Diskothek war dies Grund genug, ihn wiederholt abzuweisen. Menschen mit erkennbarem oder angenommenem Migrationshintergrund werden in vielen Lebensbereichen diskriminiert. Ein Bereich, wo dies häufig praktiziert wird, sind eben Diskotheken, wo vor allem männlichen Jugendlichen und Erwachsenen mit Migrationshintergrund oft der Eintritt verweigert wird, weil man ihnen unterstellt, häufiger für Schlägereien und Belästigungen weiblicher Besucherinnen verantwortlich zu sein. In Daniels Fall war genau diese Art der Diskriminierung wiederholt zu beobachten.

Juristischer Beistand für Diskriminierte

Glücklicherweise hatte Daniels Schwester schon einmal vom »Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung (BUG) e.V.« gehört, einem Verein, der sich zum Ziel gesetzt hat diskriminierte Menschen kostenlos juristisch zu unterstützen. Nach der Kontaktaufnahme und einer Fallprüfung beschloss der Verein, mit Unterstützung des Opferfonds CURA, eine strategische Klage gegen die Diskothek anzustrengen, um einerseits die durch die Diskothek verursachte Ungleichbehandlung wiedergutzumachen, und andererseits um einen Präzedenzfall zu schaffen, auf den sich Menschen, die sich in einer vergleichbaren Situation befinden wie Daniel, in Zukunft beziehen können. »Daniels Fall war insofern interessant, als dass sich in ähnlich gelagerten Fällen die Anwälte bislang nur auf die Feststellung einer ethnischen Diskriminierung konzentrierten. In diesem Fall wollen wir jedoch vom Gericht die Anerkennung einer multiplen Diskriminierung erwirken. Zeitgleich war Daniels Schwester ohne Probleme in die Diskothek eingelassen worden – Daniel wurde also aus mehreren Gründen ungleich behandelt, nämlich wegen seiner Hautfarbe und seines Geschlechts«, so Vera Egenberger, die Geschäftsführerin des »BUG«. Anfang Juli wird die mündliche Verhandlung vor einem süddeutschen Landgericht stattfinden.



Recherchierte rechte Angriffe in den östlichen Bundesländern und Berlin in den Jahren 2003 – 2010



Quelle: Opferberatungsstellen der neuen Bundesländer

Foto: Silly Little Man, cc

Strategische Klagen gegen Diskriminierung

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG), auf das sich das »BUG« in der Klage bezieht, ermöglicht es seit der Verabschiedung im Jahr 2006 »Benachteiligungen aus Gründen der »Rasse« [Anm. d. Red.: Der Begriff wurde entgegen dem Wortlaut in Anführungsstrichen gesetzt] oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen« (§1 AGG). Eine Verurteilung der Diskothek wegen einer multiplen Diskriminierung wäre ein Novum in der Anwendung dieses Gesetzes und würde künftig zu mehr Sicherheit in seiner Auslegung führen. Dies wäre ein großer Erfolg für den noch jungen Verein, der sich im April 2009 gegründet hat, um bundesweit mit Musterklagen die Anwendung sowie die Interpretation des Antidiskriminierungsgesetzes voranzubringen und Präzedenzfälle für die Zukunft zu schaffen. Auf diese Weise sollen der rechtliche Rahmen im Antidiskriminierungsbereich nachhaltig geklärt und Betroffene wie auch die Öffentlichkeit für das Thema sensibilisiert werden. Daniels Fall ist dabei nur der erste, der zur Verhandlung kommt, weitere sind bereits in der Vorbereitung. Neben der juristischen Begleitung kommt der Vernetzung und dem Austausch mit anderen relevanten Akteuren, allen voran den Beratungsstellen, besondere Bedeutung in der Vereinstätigkeit zu. All dies

geschieht dabei vollständig auf ehrenamtlicher Basis – drei ehrenamtlich Aktive und knapp 80 Vereinsmitglieder sorgen dafür, dass die hoch gesteckten Ziele des »BUG« vorangetrieben werden. Getragen werden sie dabei von der Vision, Deutschland zu einer möglichst diskriminierungsfreien Gesellschaft zu machen, deren proklamierte Prinzipien der Gleichstellung und Gleichbehandlung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens verwirklicht sind.

Stärkung der Nichtdiskriminierungskultur

Nicht zuletzt dank Initiativen wie dem »Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung« und den Beratungsstellen hat es in den vergangenen Jahren eine langsame aber stetige Verbesserung beim Diskriminierungsschutz und in der Bevölkerung eine zunehmende Sensibilisierung für das Thema gegeben. Dennoch wird das 2006 verabschiedete Antidiskriminierungsgesetz noch relativ selten genutzt, um Betroffenen zu ihrem Recht zu verhelfen. Bisher mangelt es vor allem an der Sicherheit in der Anwendung des Gesetzes, zudem wissen viele Betroffene nicht um die Möglichkeiten, die ihnen das Gesetz bietet. Diesem Missstand begegnet das »BUG« nun getreu seinem Motto »Klagen statt jammern«.

Von Thomas Olsen

* Name von der Redaktion geändert

IHRE SPENDE FÜR DEN OPPERFONDS CURA

Die rassistisch motivierte Gewalt bewegt sich seit Jahren auf unverändert hohem Niveau. Das belegen auch die Meldungen der Opferberatungen. 150 Todesopfer rechter Gewalt sind dabei nur die Spitze des Eisbergs. Erschreckend ist die zunehmende Radikalität der Neonazis. Brandanschläge und Sachbeschädigungen zerstören ganze Existenzen, die Opfer sind oftmals traumatisiert. Für viele Menschen sind Diskriminierung und Ausgrenzung alltägliche Erfahrung. Der Opferfonds CURA hilft schnell und unbürokratisch – dank Ihrer Spende!

SPENDENKONTO DER AMADEU ANTONIO STIFTUNG:
DEUTSCHE BANK BENSHEIM BLZ 50970004 KONTO 030331300

»POLITIK UMFASST MEHR ALS DAS AKTUELLE TAGESGESCHEHEN IM BUNDESTAG«



Anlässlich der Zertifikatsübergabe an die jugendlichen »Vielfaltcoaches« sprachen wir mit GZSZ-Star Björn Harras über sein politisches Engagement, was dieses mit seiner Popularität zu tun hat und wie man junge Leute für Politik interessieren kann.

Was löst es bei Dir aus, wenn sich junge Menschen engagieren und sich politischen Themen gegenüber interessiert zeigen?

Ich finde das immer sehr gut, wenn sich junge Menschen engagieren. Umso besser ist es natürlich, wenn es kein Engagement in der rechten Szene ist. Jugendliche sollten den Mund aufmachen, wenn sie etwas zu sagen haben. So hat jeder die Möglichkeit die Welt so zu machen, wie man sie haben möchte.

Die Stiftung beschäftigt sich viel mit »Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit«. Sind solche Probleme auch für Dich ein Thema?

Natürlich, sonst würde ich mich ja auch nicht für die Amadeu Antonio Stiftung einsetzen, wo es um Rassismus und Themen wie Homophobie, Sexismus und Antisemitismus geht.

Musstest Du Dich schon einmal mit Antisemitismus auseinandersetzen?

Durchaus! Neulich bei einer Diskussion auf meiner Facebook-Seite. Da schrieb ein User, »Jedem das seine!«. Daraufhin habe ich dann gesagt, dass man damit sehr vorsichtig sein muss, weil dieser Spruch am Eingang vom Konzentrationslager Buchenwald steht. Der User hat sich dann entschuldigt, da er dies nicht gewusst habe.

Du hast Dein politisches Engagement schon in jungen Jahren gestartet. Wie haben damals deine Freunde reagiert?

Da ich vorher schon ein Mensch war, der sich sehr für Geschichte und Politik interessiert hat und vorher schon immer meinen Mund aufgemacht habe, hat das nie jemanden verwundert.

Was meinst Du, wie man auch junge Leute für politische Themen begeistern kann?

Politik umfasst mehr als sich mit dem aktuellen Tagesgeschehen im Bundestag zu beschäftigen. Politik ist, wenn man ein Skater ist und sich dafür einsetzt, dass ein Skaterpark gebaut wird, weil man so eine Anlage cool findet. Grundgerüst dafür, dass junge Menschen sich für Politik interessieren, ist dass man ihnen klar macht, dass sie sich für das, was sie wollen, einsetzen, dafür kämpfen und sich in die öffentliche Diskussion einmischen müssen.

Vielen Dank für das Interview.
Das Interview führte Maike Seyfabrt.